

Politik versagt bei der frühen Kindheit

Mangelnde Förderung in der frühen Kindheit, heikle Selektion – der Soziologe Martin Hafen über Schwächen des Bildungssystems

Die Schweiz lobt sich gerne für ihr gutes Bildungssystem. Im Bereich der frühen Kindheit aber scheint die Politik bis jetzt zu versagen. Martin Hafen, Sie sprechen gar von einer erbärmlichen Situation. Weshalb?

Das ist natürlich ein harter Begriff. In der Fachwelt wird zunehmend anerkannt, dass in den ersten vier Lebensjahren sehr viel abläuft, das für die Entwicklung und das spätere Leben von zentraler Bedeutung ist. Auf politischer Ebene aber ist noch sehr unterschiedlich, welche Schlüsse daraus gezogen und welche Entscheide getroffen werden. Dabei muss man unterscheiden: Es gibt Städte, die schon relativ fortschrittlich unterwegs sind; in der Romandie läuft mehr als in der Deutschschweiz. Es gibt aber einen riesigen Gap zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Generell wird zu wenig gemacht für sozial benachteiligte, mehrfach belastete Familien, und Kennzahlen belegen, dass in der Schweiz im internationalen Vergleich deutlich zu wenig passiert.

«Der Föderalismus erschwert es, zu einer gemeinsamen Politik der frühen Kindheit zu kommen. Der Bund scheut sich, eine nationale Strategie zu entwickeln.»

Wo sehen Sie die Gründe für die in Ihren Augen so unbefriedigende Situation?

Es gibt mehrere Gründe. Ein Grund ist der Föderalismus: Er erschwert es, zu einer gemeinsamen Politik der frühen Kindheit zu kommen. Der Bund scheut sich, eine nationale Strategie zu entwickeln, und verweist auf die Deutungs-hoheit der Kantone. Zwischen Kantonen und Gemeinden ist die Aufgabenverteilung ebenfalls nicht immer klar. Es gibt Gemeinden, die eigene Strategien entwickeln und dabei nicht einmal wissen, dass der eigene Kanton bereits eine solche erarbeitet hat, an der sie sich orientieren könnten. Es passiert zwar relativ viel, aber oft unkoordiniert und zu wenig systematisiert. Im internationalen Vergleich ist das Schweizer Bildungssystem finanziell relativ gut ausgestattet; das gilt aber nur für das formale Bildungssystem für Kinder ab vier Jahren. Im Frühbereich hingegen investiert die Schweiz deutlich weniger als die meisten OECD-Staaten. Gemäss Zahlen der OECD investiert die Schweiz 0,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den Frühbereich, insbesondere für die familienergänzende Kinderbetreuung, mit 0,8 Prozent ist der OECD-Durchschnitt aber viermal so hoch. Während die Schweiz an Ort tritt, hat zum Beispiel Frankreich sein Engagement innert weniger Jahre verdoppelt. Das zeigt, dass die Schweizer Politik die Brisanz dieser Lebensphase und vor allem die präventive Bedeutung noch nicht ausreichend wahrgenommen hat. Wir haben in der Phase der frühen Kindheit eine Lücke, wo wir das Potenzial unserer Gesellschaft überhaupt nicht ausschöpfen, gerade im Wettbewerb mit anderen Ländern.

Weshalb ist denn die Förderung von Kleinkindern für die Gesellschaft so wichtig?

Frühe Förderung ist mehr als die individuelle Förderung des Kindes, sondern die Gesamtheit von Massnahmen, um dem Kind eine gute Umgebung für das Aufwachsen zu bieten. Neben dem Kind steht logischerweise die ganze Familie im Fokus. Dazu gehören auch die medizinische Betreuung, strukturelle Fragen wie Elternzeit: Wir sind auch hier jenes Land



Martin Hafen stellt fest, dass die familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz im internationalen Vergleich schlecht subventioniert ist.

ANNICK RAMP / NZZ

in der OECD, wo die Eltern nach der Geburt am wenigsten bezahlte Zeit mit dem Kind verbringen können. Hinzu kommen Faktoren wie Elterngeld, Steuererleichterungen, Gestaltung von Innenräumen und kinderfreundlichen Aussenräumen.

Unter dem Stichwort frühe Kindheit fallen auch Begriffe wie Bewegung, Sprachentwicklung, Sozialisierung, Armutsprävention.

Mit Blick auf die Bewegung zeigen Studien, dass Kinder, die ab dem Alter von drei Jahren ohne Elternbegleitung draussen spielen können, über bessere motorische Fähigkeiten und mehr Selbstvertrauen verfügen und sozial kompetenter sind als Kinder, die nur in Begleitung der Eltern ins Freie dürfen. Oder, um ein zweites Beispiel zu nennen: Man stellt weltweit eine Zunahme der Kurzsichtigkeit fest, vor allem in Ostasien und Europa. Grund dafür ist, dass sich die Kinder immer weniger im Freien aufhalten. Das hat mit dem stärker gewordenen Strassenverkehr zu tun, aber auch mit Schulaufgaben und natürlich den neuen Medien. Die Kinder haben dadurch weniger Licht und können ihre Augenbewegungen weniger regulieren, was zu einer Verformung des Augapfels und zur Kurzsichtigkeit führt.

Damit wäre die Siedlungspolitik angesprochen, die den Kleinkindern Räume bieten soll, in denen sie sich frei bewegen können.

Man kann ganz einfach in einer Stadt Quartierstrassen vom Verkehr befreien. Ich nehme als Beispiel das Quartier in Basel, wo ich wohne. Da hat es drei grosse Verkehrsachsen, aber im Schachbrettmuster auch Dutzende von Querstrassen, die man im Prinzip in Wohnstrassen umfunktionieren könnte. Das wird aber nicht gemacht, weil die Schwelle dazu offenbar sehr hoch ist und wir immer noch der Meinung sind, günstige Parkiermöglichkeiten seien wichtiger als ein bewegungsfreundliches Umfeld für die Kinder.

Gleichzeitig stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es denn Sache des Staates ist, auch noch in die ersten vier Lebensjahre eines Kindes einzugreifen. Wieso sollte man das Engagement nicht im liberalen Geist den Eltern und privaten Institutionen überlassen?

Es geht ja nicht darum, Staatskinder zu erziehen. Freiheit hat stark mit der Vergrösserung von Möglichkeitsspielräumen zu tun. Wenn man jetzt eine verstärkte Förderung von Institutionen

«Ein riesiges Defizit haben wir in der Schweiz vor allem in der Vernetzung der Institutionen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich.»

der familienergänzenden Kinderbetreuung einfordert, also Kindertagesstätten, Spielgruppen, Tagesfamilien oder was auch immer, die in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr schlecht subventioniert sind, werden damit die Freiheitsgrade von Familien erhöht. Die Möglichkeit, seine Kinder während eines Teils der Woche familienergänzend betreuen zu lassen, diese Freiheit wird durch eine ungenügende Finanzierung eingeschränkt. Das führt auch dazu, dass wir in der Schweiz etwa 50 000 Frauen mit akademischer Ausbildung haben, die nie in einem Beruf gearbeitet haben, der dieser Ausbildung entspricht.

Vielleicht wollen sie das gar nicht, sondern sich lieber auf die Familie konzentrieren.

Das ist absolut in Ordnung. Niemand wird gezwungen. Jede Frau soll aber die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden. Viele dieser 50 000 Frauen wären durchaus willens, ihre Karriere weiter zu verfolgen, wenn ein Angebot vorhanden wäre, zu dem sie ihre Kinder guten Gewissens hinbringen könnten. Da kommt die Qualitätsdebatte ins Spiel: Die Qualität solcher Einrichtungen, das zeigen mehrere Studien, ist durchaus ausbaufähig, was auch wieder stark mit der ungenügenden Subventionierung zu tun hat.

Unabhängig von der Qualität kann man sich fragen, ob die Kinder schon in jüngsten Jahren «gebildet» werden müssen. Die Verschulung kommt früh genug. Unter früher Förderung verstehe ich das Gestalten von Rahmenbedingungen. Bildung ist ein körperlicher, sozialer, kognitiver und emotionaler Prozess. Das zentrale Element der Bildung in der frühen Kindheit ist das freie Spielen. Es geht nicht darum, die Kleinkinder auf PISA-Tests vorzubereiten, sondern ihnen einen betreuten Spielraum zu ermöglichen, wo sie beobachtet werden und sich möglichst frei entfalten können. Je selektiver übrigens ein Bildungssystem ist, desto stärker ist die soziale Ungleichheit. In Skandinavien erfolgt die erste Selektion erst am Ende der Schulpflicht. Es sind keine Vorteile sichtbar, wenn früh Druck auf die Kinder ausgeübt und früh Tests und Prüfungen gemacht werden. Frühe Förderung besteht zudem nicht nur aus kindbezogener Förderung, ein riesiges Defizit haben wir in der Schweiz vor allem in der Vernetzung der Institutionen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich. Die österreichische Strategie der frühen Hilfen etwa ist darauf ausgerichtet, diese Vernetzung zu fördern. Da haben die Gemeinden eine riesige Aufgabe. Es braucht mehr Koordination, da könnte man Synergien mit grossem Mehrwert schaffen.

Gerade die Gemeinden sind vom Problem steigender Sozialausgaben betroffen. Sie sagen, die sozialen Kosten sinken, wenn die frühe Kindheit besser gefördert würde. Wie erklären Sie das?

Der Zusammenhang ist einfach zu erklären. Wenn der Rucksack vor Eintritt in den Kindergarten weniger gefüllt ist, etwa bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien oder Familien mit Migrationshintergrund, dann haben diese Kinder ungünstige Voraussetzungen, um ins formale Bildungssystem einzutreten. Das pflanzt sich anschliessend in unserem äusserst selektiven Bildungssystem massiv fort. Das heisst: Diese Kinder werden früher in tiefere Schulstufen selektiert, brauchen mehr Fördermittel, was ziemlich viel Geld kostet, sie haben schlechtere Berufsaussichten, sind in erhöhtem Mass von Arbeitslosigkeit bedroht. All dies führt zu einer höheren Inanspruchnahme von Sozialhilfegeldern, zudem sind ihre Gesundheitskosten höher, auch Strafrechtskosten. Das belegen Untersuchungen aus vielen Ländern.

Dazu trägt auch bei, dass viele Kinder bei Eintritt in den Kindergarten nicht richtig Deutsch sprechen können. Wie lässt sich das in der Praxis verbessern?

Das ist einer der vielversprechendsten Bereiche. In England spricht man von einem progressiven Universalismus im Bereich der frühen Kindheit. Gemeint ist, dass es Massnahmen für die ganze Bevölkerung braucht, gleichzeitig aber

Spezialist für Suchtfragen

Der promovierte Soziologe Martin Hafen lehrt am Institut für Sozialmanagement, Sozialpolitik und Prävention der Hochschule Luzern. Er wohnt in Basel und ist Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Suchtfragen. Hafen hat zu diversen sozialpolitischen Fragen publiziert, unter anderem zu früher Kindheit, zu Prävention und Gesundheitsförderung.

auch Massnahmen für Familien, die wir als schwierig erreichbar bezeichnen. Neben Familien mit Migrationshintergrund fallen solche darunter, die Probleme haben wegen Sucht, Gewalt oder psychischer Probleme der Eltern. In der Schweiz sind das etwa 10 bis 15 Prozent aller Familien. Kinder solcher Familien wären darauf angewiesen, dass sie zusätzlich zur Familie ein ergänzendes Angebot erhielten. Gelingt das, sind sie besser vorbereitet auf den Eintritt ins formale Bildungssystem und aufs spätere Leben. Die Sprache ist dabei ein wichtiger Aspekt. In Basel-Stadt hat man jetzt die Konsequenzen gezogen und verpflichtet Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund ab drei Jahren, eine deutschsprachige Spielgruppe mit Sprachförderung zu besuchen. Zusätzlich können ihre Mütter, selten auch die Väter, von Begleitprogrammen profitieren. Das Ganze ist gratis, aber verpflichtend. Die Erfahrung zeigt, dass das von praktisch keiner Familie als Bevormundung wahrgenommen wird. Obwohl das Programm noch nicht optimal läuft, zeigt sich, dass die Kinder viel besser vorbereitet in den Kindergarten eintreten.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat festgestellt, dass es die Schweiz teuer zu stehen komme, nicht in die frühe Förderung zu investieren. Er erklärt diese somit quasi zur ökonomischen Pflicht.

Wir leben nun mal in einer ökonomisierten Welt. Gerade die Politik nimmt stark Bezug auf die ökonomischen Argumente. In der Tat belegt etwa eine Studie angesehener US-Ökonomen, dass der Return on Invest bei früher Förderung zwischen 8 zu 1 und 16 zu 1 liegt. Aber diese Studien beziehen sich auf extrem

«Wenn es den Kindern gut geht, geht es der Schweiz besser. Es profitieren alle davon, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch.»

benachteiligte Kinder in den USA, bei denen die Wirkung von Massnahmen am grössten ist. Für die Schweiz zeigen Studien, dass der Return on Invest in jedem Fall bei 2 zu 1 bis 3 zu 1 liegt. Es gibt jedenfalls keine Hinweise, wonach eine verbesserte frühe Förderung ökonomisch nicht interessant wäre. Heute verlagern wir die sozialen Kosten auf die nächste Generation. Man müsste Geld ausgeben zugunsten von weit grösseren Einsparungen, die aber erst in einigen Jahren anfielen. Dies führt dazu, dass die Politik trotz den ökonomischen Argumenten nur zögerlich handelt.

Kurzum: Der Schweiz mangelt es in Ihren Augen an einer übergeordneten Bildungsstrategie, die von der Geburt bis zur Volljährigkeit reicht.

Natürlich muss man das fordern. Andere Länder tun das längst auf nationaler Ebene, etwa in Skandinavien oder auch in Österreich.

Lässt sich daraus folgern: Je besser die Schweiz Kleinkinder fördert, desto besser geht es ihr?

Absolut. Das kann man so sagen: Wenn es den Kindern gut geht, geht es der Schweiz insgesamt besser. Es profitieren alle davon, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch. Wir sind in einer Demokratie darauf angewiesen, dass alle Personen möglichst gut vorbereitet sind, um politisch zu partizipieren. Eine Strategie der frühen Kindheit stärkt auch den sozialen Zusammenhalt.

Interview: Jörg Krummenacher